

a.o. LPT 20.10.2018

**Beschlusstexte**

	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Beschlusstext</b>
Bez1 NEU	Landesvorstand Kreis Mitte	Stadt und Bezirke – gemeinsam für ein starkes Hamburg	<p>Annahme</p> <p>Bereits am 12.04.2014 hat die SPD Hamburg auf ihrem Landesparteitag ein <b>klares Bekenntnis für starke Bezirke</b> gegeben. In den letzten Jahren wurden viele der damaligen Forderungen umgesetzt und die Leistungsfähigkeit der Bezirke weiter gesichert und gestärkt.</p> <p>In vielen Bereichen des täglichen Lebens sind die Bezirke das sichtbare Bild der Stadt. Der Wohnungs- und Gewerbebau, die Pflege von Grün- und Parkanlagen und die öffentlichen Dienstleistungen in Hamburg (u.a. die Ausstellung von Ausweisen oder Reisepässen, Bearbeitung des Elterngeldes oder der KiTa Gutscheine, Bauanträge, Jugendamtsdienste) sind bei den Bezirken in guten Händen.</p> <p><b>Die SPD ist in allen Stadtteilen präsent.</b> Viele hundert Ehrenamtliche kümmern sich in ihrer Freizeit und nach Feierabend um unsere guten Nachbarschaften, kennen und verstehen die Sorgen und die Hoffnungen der Menschen. Als Mitglieder der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse, in Vereinen, Initiativen und Verbänden bringen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die städtische Gemeinschaft ein und sorgen dafür, dass in Hamburg Politik für eine breite Mehrheit gemacht wird – nicht nur für einige wenige.</p> <p>Ein großer Teil der Menschen in Hamburg hat Ideen und Vorstellungen von einer Stadt, die sich vor allem in ihrer Nachbarschaft widerspiegeln soll. Sei es die soziale Infrastruktur, der Zustand der Verkehrswege, Sauberkeit, ein guter öffentlicher Nahverkehr oder der Zustand der Spielplätze.</p>

		<p>Die SPD steht hier auf allen Ebenen der Stadt, den Bezirken, Fachbehörden, der Bürgerschaft und dem Senat gemeinsam für die Interessen der Menschen ein.</p> <p>Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und werben um ein starkes Mandat in allen sieben Bezirksversammlungen bei den Bezirksversammlungswahlen 2019. Wir wollen stärkste, gestaltende Kraft in allen Bezirken bleiben, damit unsere Bezirksamtsleiterinnen und Bezirksamtsleiter gemeinsam mit den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirksamtern, den Bezirksabgeordneten sowie den vielen ortskundigen zugewählten Bürgerinnen und Bürgern in den Fach- und Regionalausschüssen das Hamburg vor Ort weiter gestalten können.</p> <p>Wir wollen von Landesebene den nötigen Rückenwind geben. Unsere Landespolitik mit umfassenden Investitionen in Bildung, Verkehr und Infrastruktur, in die Sicherheit, in Wohnungsbau und die Stadtentwicklung, sie ist vor Ort greifbar und sichtbar. Mit ordentlichem Regieren haben wir es auch gemeinsam geschafft, an für den Bürgerinnen und Bürgern wichtigen Verwaltungsbereichen die Handlungsfähigkeit weiter zu verbessern.</p> <p><b>Für Hamburg und seine Bezirke – wir haben viel erreicht, wir haben viel vor!</b></p> <p><b>Hamburg investiert – gerade auch in seine Bezirke und Stadtteile</b></p> <p>Die Investitionen in Bildung und Betreuung, in Schule und Sport seit 2011 suchen ihresgleichen. Und sie sind vor Ort in den Stadtteilen sichtbar und greifbar. Das Sanierungsprogramm für Schulen und Sportanlagen zeigt große Erfolge. Alle Bezirke, viele Stadtteile haben davon profitiert und werden weiter profitieren. Von 2011 bis 2017 wurden 2,4 Milliarden Euro investiert – die Zielzahlen wurden übertroffen, das Investitionsniveau bleibt auf hohem Niveau bestehen. Da unsere <b>Schulen</b> überall gut in den Stadtteilen vernetzt sind, sind sie häufig auch außerhalb der Schulzeiten Orte von Begegnung und Bildung – die Stadtteile haben also vom Schulsanierungs- und –ausbauprogramm insgesamt sehr profitiert und tun es weiter.</p> <p>Das gilt vor allem für den <b>Sport</b>: Von 2018 bis 2020</p>
--	--	--

		<p>werden nach aktueller Planung 55 Sporthallen mit insgesamt 75 neuen Hallenfeldern für rund 142 Millionen Euro neu entstehen. Weitere 38 Hallen mit 44 Feldern sollen in derselben Zeit saniert werden. Schulsporthallen haben nicht nur Bedeutung für die Schule, sondern insbesondere für die Sportvereine und den Breitensport im Bezirk. Flankiert durch zahlreiche sportpolitische Maßnahmen der beteiligten Behörden – auch im Kontext von ActiveCity – werden wir weiter kräftig in den Ausbau und die Sanierung der Sporthallen investieren, auch das mit großer Wirkung für die Bezirke und Stadtteile. Dieser Prozess wird zudem eng mit der Bezirkspolitik abgestimmt – diese Schwerpunktsetzung wird für die Bezirkswahlen 2019 ein großer Pluspunkt für die SPD.</p> <p>Mit den Investitionsvolumina ist der Schul- und Sportstättenbau Spitzenreiter in der <b>Sanierungsstrategie</b> der Stadt. Jahrelang wurden wichtige Investitionen in öffentliche Einrichtungen und die Infrastruktur vernachlässigt. Mit der Sanierungsstrategie des Senats bringen wir unsere Straßen, unsere Spielplätze und unsere Schulen wieder in Ordnung und machen Hamburg fit für die Zukunft – auch diesen strategischen Ansatz verfolgen wir in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken. Von vielen Landesmaßnahmen bei Investitionen und Sanierung profitieren die Bezirke und Stadtteile – sei es bei den Krankenhäusern, bei den Hochschulen oder bei den Kultureinrichtungen. Bei den Spielplätzen und Grünanlagen wird die Erhaltungsstrategie gemeinsam geplant und umgesetzt. Nach den großen Erfolgen der Straßensanierung der Stadtstraßen wird es nun darum gehen, Schritt für Schritt auch ein umsetzbares Erhaltungsmanagement für die Bezirksstraßen zu starten. Auch hier werden Land und Bezirke Hand in Hand arbeiten – zum Wohle der Menschen vor Ort.</p> <p>Wir wollen weiterhin diejenigen fördern, die die Menschen in ihrem Stadtteil fördern und begleiten. Deshalb werden wir mit den Mitteln aus dem <b>Quartiersfonds</b> auch weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement von Initiativen und Vereinen unterstützen. Damit die profitieren, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt kümmern.</p> <p><b>Wir gestalten das Wachstum der Stadt – vor Ort in den Stadtteilen</b></p>
--	--	--

		<p>Wir verschließen nicht die Augen vor den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung und überlassen das Geschehen nicht den Kräften des Marktes. Für uns Sozialdemokraten liegt der Fokus auf folgenden Aspekten der Stadtentwicklung:</p> <p>Im Zentrum steht für uns die <b>Bezahlbarkeit</b> des Wohnens. Darum ist der verstärkte Wohnungsbau für uns kein Selbstzweck. Kernpunkt der gemeinsamen Anstrengungen bleibt selbstverständlich der Wohnungsbau, wo es uns gemeinsam gelingen muss, den Anteil der bezahlbaren Wohnungen (gefördert bzw. freifinanziert günstig) am Neubauvolumen im Rahmen der gemeinsamen Verabredungen (Vertrag für Hamburg, Bündnis für das Wohnen) zu steigern. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen nicht aus ihren Quartieren oder gar ganz aus der Stadt gedrängt werden. Die große Vielfalt an Lebensstilen muss sich in einer größeren Bandbreite an Typologien der Bebauung mit kleinen Wohnungen für die zunehmenden Einzelhaushalte bis zu größeren Wohnungen für Familien niederschlagen. Auch benötigen wir zukünftig verstärkt seniorengerechte Wohnformen.</p> <p>Wenn wir das Wachstum aktiv gestalten, können wir die Stadt für alle attraktiver machen. Dazu gehört die Bewahrung der gewachsenen Strukturen genauso wie die Weiterentwicklung von lebenswerten Quartieren mit guter Architektur und einladendem Städtebau. Und wir wollen zielgenau sicherstellen, dass die notwendige Infrastruktur mitwächst, wenn Hamburg in dieser Weise wächst. Mit einem <b>Mitwachsen der Infrastruktur</b> wird es gelingen, die Akzeptanz des Wachstums unserer Stadt weiterhin hoch zu halten – bei denen, die hier schon wohnen und natürlich auch bei denen, die zuziehen.</p> <p>Dabei geht es um Infrastruktur im weiteren Sinn, von Kita über den Aufenthalt im öffentlichen Raum, Familienhilfe, Angeboten für Sport, Kultur, Jugendliche oder ältere Menschen bis hin zum sicheren Schulweg, Mobilität oder Inklusion. Wir verfügen über viele sehr erfolgreiche Programme und Leistungen, die im Quartier gebündelt und flankierend zum Wohnungsbau eine klare Win-Win - Situation für alle erzeugen können. Hierzu bedarf es einer Quartiersentwicklungsstrategie, einer Initiative, die direkt vor Ort ansetzt, wirklich ressortübergreifend verantwortet wird und v. a. die Bürgerinnen und</p>
--	--	---

		<p>Bürger einbezieht. Die Bezirksämter haben sich mit der "Quartiersinitiative Urbanes Leben" bereits auf diesen Weg begeben.</p> <p>Bei diesem Prozess sind die Bezirke als örtliche Ansprechpartner, als Träger der örtlichen Bürgerbeteiligung von zentraler Bedeutung, dabei haben sie unsere Unterstützung.</p> <p>Jede <b>Fläche der Stadt</b> muss so genutzt werden, dass der bestmögliche Ausgleich geschaffen wird zwischen der städtebaulichen Weiterentwicklung und den Belangen der Umwelt und des Natur- und Landschaftsschutzes. Flächen werden weiterhin sowohl für den Wohnungsbau, für soziale Zwecke, für Sport und Freizeit wie für Naherholung, Landwirtschaft und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gebraucht. Wenn wir neue Stadträume entwickeln, tun wir dies in erster Linie an Orten mit bereits bestehenden Verkehrsanbindungen und vorhandener Infrastruktur.</p> <p>Doch auch der Bebauungsdruck auf die Stadtränder nimmt wieder zu. Hier wollen wir mit klugen Strategien dafür sorgen, dass bestehende Landschaften mit neuer Bebauung verträglich sind und Bewohnerinnen und Bewohner frühzeitig bei der Veränderung ihrer Quartiere einbezogen werden.</p> <p>Dabei schaffen wir auch gleichzeitig neue Grünanlagen und setzen die Qualifizierung bestehender Grünanlagen noch konsequenter um.</p> <p>Wir wollen gemeinsam erreichen, dass Hamburg vor Ort grün bleibt – auch dafür haben wir Vorkehrungen getroffen und z.B. den klugen Weg des Naturcents geschaffen.</p> <p>Wir wollen in Hamburg das <b>Wohnen und das Arbeiten</b> wieder näher zusammenführen, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt besser zu begegnen und die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen. Innovative räumliche Strukturen sind inzwischen sehr verträglich umsetzbar und werden von vielen Menschen gewünscht, die gleichzeitig arbeiten und eine Familie versorgen wollen, die in der Nähe ihrer Wohnung flexiblen Büroraum, Gründeretagen oder klassische Gewerbeflächen für ihren Arbeitsplatz suchen. Ohne weite Wege zum Arbeitsplatz mindert sich das Verkehrsaufkommen. Viele Pendlerinnen und</p>
--	--	---

		<p>Pendler würden gern in der Stadt wohnen und näher an ihrem Arbeitsplatz sein. Gewerbliche Angebote in den Quartieren sind außerdem wichtig für lebendige und attraktive Stadtteile und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt.</p> <p><b>Mobilität für alle vor Ort</b></p> <p><b>Mobilität ist vor Ort in den Bezirken und Stadtteilen ein zentrales und mitunter kontroverses Thema.</b></p> <p>Hamburg als Metropole mit mehr Menschen muss seine Mobilität zukunftsfähig ausrichten. Mehr Menschen bedeuten auch mehr Verkehr und der Straßenraum ist begrenzt. Wir setzen dabei nicht auf ein Gegeneinander der Verkehrsträger sondern auf ein Miteinander. Jeder soll schnell und sicher ans Ziel kommen. Darum bauen wir neue S- und U-Bahn-Strecken, steigern die Kapazitäten und Taktungen von Bussen und Bahnen. Insbesondere treiben wir aktuell in vielen Stadtteilen unsere Ausbauplanungen für U- und S-Bahn voran, mehrere hundert tausend Bürgerinnen und Bürger werden in den nächsten Jahren in fast allen Bezirken davon profitieren, viele Stadtteile erhalten erstmals einen Schnellbahn-Anschluss. Bis dahin erweitern wir auf vielen Linien die Kapazitäten von Bahn und Bus, schaffen neue Fahrzeuge an, um auf die gestiegene Nachfrage zu reagieren.</p> <p>Mobilität für alle bedeutet auch, dass wir den barrierefreien Ausbau im öffentlichen Nahverkehr weiter vorantreiben. Dazu zählt nicht nur der schrittweise barrierefreie Ausbau von U-Bahn und S-Bahn-Stationen, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder besonderen Anforderungen bei Kreuzungsumbauten und Straßen Sanierungen legen.</p> <p>Aber es geht auch um <b>neue Mobilitätsformen</b> – wie Stadtrad, Carsharing und Sammeltaxi-Systeme. Wir sorgen dafür, dass diese Hamburg weit in die Fläche kommen und Schritt für Schritt auch die Außenbezirke davon profitieren – so haben alle etwas davon. Das wird noch mehr Verbindungen in und zwischen Stadtteilen schaffen – ganz im Sinne einer bruchfreien Mobilität. Das heißt, wir vernetzen die Angebote neu, nutzen digitale Innovationen. Unsere Ausbau- und Sanierungsprogramme für den Radverkehr und die Gehwege runden unseren Mobilitätsmix ab.</p>
--	--	---

		<p>Dabei gilt: Wenn wir die Kapazität, die Zuverlässigkeit und den Komfort moderner Mobilitätsangebote weiter steigern, entlasten wir den Straßenraum, verringern Staus und schaffen bessere Bedingungen für alle. Je mehr Menschen Bus, Bahn und Fahrrad nutzen oder zu Fuß gehen, umso mehr Platz ist für diejenigen da, die auf das Auto angewiesen sind. <b>So entwickeln wir Hamburg von der autogerechten zur mobilitätsgerechten Stadt.</b> Schritt für Schritt sind dabei die Fortschritte auch vor Ort sichtbar.</p> <p>Und wir wollen noch mehr <b>Anreize zum Umsteigen auf U- und S-Bahn</b> schaffen, werden deshalb die P+R-Gebührenregelung attraktiver gestalten: Für 100 € pro Jahr soll jeder HVV-Abo-Karteninhaber auch eine P+R-Jahreskarte dazu buchen können, ein wirkliches gutes Angebot!</p> <p>Wir wissen, dass die aktuelle Baustellensituation auf den Straßen eine Herausforderung ist – aber durch den von der CDU hinterlassenen Sanierungsstau können wir unsere Straßen nicht verrotten lassen, sondern müssen sie in Ordnung bringen. Der Senat sowie die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert, sich zeitnah dafür einzusetzen für alle sieben Bezirke Hamburgs jeweils die Stelle einer Verkehrsbaustellenkoordinatorin / eines Verkehrsbaustellenkoordinators zu schaffen. Zentrale Aufgabe dieser/dieses Verkehrsbaustellenkoordinator*in ist einen Überblick darüber zu haben welche Bauträger an welchen Stellen des Bezirks zu welcher Zeit verkehrsrelevante Baumaßnahmen planen und durchführen und ggfs. koordinierend einzugreifen, um sicherzustellen, dass jederzeit ein möglichst störungsfreier Ablauf des Straßenverkehrs im Bezirk sichergestellt ist. Die Verkehrsbaustellenkoordinator*innen der Bezirke stimmen sich darüber hinaus regelmäßig mit dem Verkehrsstaatsrat und der Koordinierungsstelle ab.</p> <p>Weiter verbessert gehört auch die landesweite Abstimmung über verkehrspolitische Beschlüsse aus den Bezirken z.B. zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen. In Streitfällen soll es hierzu unter Federführung der Bezirksaufsicht ein <b>Clearing mit den beteiligten Behörden</b> und Bezirken geben. Sowohl bei Baustellen, als auch bei verkehrlichen Maßnahmen ist den bezirklichen Interessen mehr Raum zu geben – vor Ort weiß man, wo der Schuh drückt.</p>
--	--	--

		<p><b>Ordnung, Sauberkeit, gepflegtes Grün</b> – das sind gerade vor Ort im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen verständliche Erwartungen. Dem kommen wir nach. Unsere Aussagen sind klar: Hamburg bleibt grüne Stadt am Wasser. Wir stellen für das Stadtgrün viel Geld zur Verfügung und werden weiter und mehr in regelmäßige Pflege und Erhalt investieren. Hamburg hat mit rund 10 % bundesweit den höchsten Anteil an Naturschutzgebieten. Weitere etwa 20 % kommen hinzu, die unter Landschaftsschutz stehen. Diesen wertvollen Bestand gilt es zu bewahren. Hamburg ist sauber, wenn alle mitmachen. Unsere Sauberkeitsoffensive wirkt und wird mit uns weitergeführt. Ordnung muss sein. Wir stellen 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei ein, die für Ordnung sorgen. Schutz vor Lärm ist unsere Sache, wir arbeiten weiter daran.</p> <p><b>Bezirkspolitische Leitlinien</b></p> <p>Neben diesem Rückenwind von der Landesebene wollen wir mit diesem Antrag Leitlinien formulieren, die den Bezirken und Kreisen Orientierung bei den Bezirkswahlprogrammen geben, die Landes- und Bezirkspolitik optimal aufeinander abstimmen – getreu dem Motto: Stadt und Bezirke – gemeinsam für ein starkes Hamburg.</p> <p><b>Für die SPD bleibt klar: Was vor Ort besser entschieden und umgesetzt werden kann, soll auch vor Ort entschieden und umgesetzt werden.</b></p> <p>Nach nunmehr sieben Jahren der kontinuierlichen Verbesserung der Situation der Bezirke durch den SPD-geführten Senat stehen wir vor der Aufgabe, die Bezirke im Rahmen der Entflechtung von Aufgaben noch stärker zu machen, um das direkte Lebensumfeld und die Lebenssituation der Menschen zu stärken.</p> <p>Durch das neue Wahlrecht hat sich gezeigt, dass die direkt gewählten Bezirksabgeordneten über eine Ortskenntnis und ein Engagement verfügen, das unbedingt genutzt werden muss. Anders als für die Opposition gilt für uns: Keine Partei ist vor Ort so präsent wie wir.</p> <p>Für die SPD sind die Bezirke die wichtigste, unmittelbar mit den Menschen der Stadt arbeitende Ebene - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter und die Mitglieder der Bezirksversammlungen sind gleichzeitig das Gesicht der Politik von Senat und</p>
--	--	--



		<p>Bürgerschaft. Die Auswirkungen aller politischen Entscheidungen in Hamburg werden als erstes durch den Bezirk und die Bezirkspolitik erfahren und reflektiert. Es ist die Stärke der SPD, dass hieraus kein Kampf der Ebenen entsteht, sondern aus den Rückmeldungen und Erfahrungen der Akteure vor Ort stetig an den besten Lösungen gearbeitet wird. Dazu gehört auch, dass wir transparent machen, wo gesamtstädtische Belange berührt und Lösung aus gesamtstädtischer Perspektive vorzuziehen sind. Wir sind ein Stadtstaat, eine Einheitsgemeinde, und wollen das bleiben.</p> <p>Gleichwohl wird die SPD die <b>Einflussmöglichkeiten der Bezirksversammlung weiter verbessern</b>. Denn, auch wenn die Bezirksversammlung durch ehrenamtliche Mitglieder besetzt wird, sind die Ansprüche und Bedarfe seitens der Bevölkerung an die Versammlung groß. Kein gewähltes Gremium ist so nah an den Bedarfen der Menschen in Hamburg und keine andere Ebene kann mit Sondermitteln so unbürokratisch Initiativen und Projekte vor Ort unterstützen. Neben der Versammlung selber und den vorgeschriebenen Fachausschüssen sind vor allem die Regionalausschüsse die Orte, an denen der Austausch zwischen Bezirksversammlung und den Quartieren niedrigschwellig und direkt stattfinden kann. Dazu gehört auch die stärkere Einbeziehung von jungen Menschen. Die SPD wird sich daher dafür einsetzen, dass Jugendvertretungen in den Bezirken etabliert werden. Die Expertise und Meinungsbildung vor Ort, die durch die Regionalausschüsse gewährleistet werden, sind für die bezirkliche Arbeit von unschätzbarem Wert.</p> <p>Es ist deshalb in diesem Kontext besonders wichtig, dass es in einem breiten Konsens gelungen ist, das Bezirkswahlrecht mit gezielten Stärkungen der Rechtsposition der Abgeordneten und auch der zu gewählten Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu versehen.</p> <p>Gute und verlässliche Arbeit im Ausschuss benötigt eine gute Vernetzung in die Bezirksverwaltung und eine gute Sichtbarkeit der Verwaltung vor Ort. Die SPD steht wie keine andere Partei für Verbindlichkeit bei Zusagen und Versprechen. Wenn eine politische Entscheidung getroffen wird, dann wird diese auch wie vereinbart umgesetzt. Da die Umsetzung immer ein verlässliches Verwaltungshandeln voraussetzt, muss</p>
--	--	---

		<p>die Verwaltung regional und thematisch breit aufgestellt präsent sein.</p> <p>Das Prinzip der <b>Regionalbeauftragten</b> hat sich in diesem Kontext bewährt; Regionalbeauftragte haben eine ganz besondere Scharnier- und Koordinationsfunktion zwischen Politik und Verwaltung. Wir wollen erreichen, dass diese noch stärker als „regionale Kümmerer“ wahrgenommen, mehr von übriger Verwaltungsarbeit freigestellt werden. Mit direkten Vortragsrechten gegenüber Bezirksaufsicht und Bezirksamtsleitung wollen wir sie stärken, ihnen bessere Möglichkeiten geben, Beschlüsse von Regionalausschüssen umzusetzen und zu begleiten. Mit einem offiziellen Bestellungsakt der Regionalbeauftragten im Beisein des Bezirkssenators soll die Bedeutung dieser Kümmererposition auch in der Außensicht deutlich gestärkt werden. So bekommt die Verwaltung vor Ort wieder stärker ein Gesicht.</p> <p>Auch die <b>Bezirksversammlung</b> muss in die Lage versetzt werden, sich eine Arbeitsstruktur zu geben, die den aktuellen Herausforderungen entspricht. Als direkte Repräsentanten der Hamburger Politik vor Ort müssen die Mitglieder der Bezirksversammlung in jedem Bezirk zu Beginn einer Legislatur die Struktur der Ausschüsse evaluieren und an die Gegebenheiten und Herausforderungen der Zeit anpassen können. Dabei ist die Betreuung der Arbeit der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen adäquat auszustatten. Die politische Arbeit muss sich nicht an Prozessen, sondern an Ergebnissen messen lassen. Wie diese Ergebnisse erreicht werden können, wissen die Akteure vor Ort am besten.</p> <p>Dazu braucht es auch <b>handlungsfähige Strukturen in den Bezirksfraktionen</b>. Die Vielzahl von Beteiligungsformaten, Abstimmungsterminen bedingt zumindest einen hauptamtliche Angestellte/n, der/die auch zu Arbeitszeiten die Termine wahrnehmen und die Interessen der Fraktion vertritt. Erstellung von professionellen Entwürfen und Studien für politische Initiativen sind mit den jetzigen Pauschalen nicht möglich. Daher müssen diese an die aktuellen Erwartungen und Gegebenheiten angepasst werden. Die angemessene Ausstattung der Bezirksfraktionen ist bei der regelmäßigen Betrachtung der Angemessenheit der Finanzausstattung entsprechend zu berücksichtigen.</p>
--	--	---

		<p>Die Mittelzuweisung für die Bezirksversammlung bestehend aus Sondermitteln und dem nochmals deutlich aufgestockten Quartiersfonds muss mindestens auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden. Mit diesem Geld wird Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik zurückgewonnen und mit kleinen Förderungen große Ergebnisse erzielt. Gerade der <b>Quartiersfonds</b> hat sich in vielfältigen Politikbereichen als stabilisierendes Handlungselement bewährt. Die Aufstockung im Haushaltsplan 2019/2020 ist daher ein wichtiges unterstützendes Zeichen für die bezirkliche Arbeit.</p> <p>Verstärkt werden sollte auch die Möglichkeit, Bürgerinformation und Beteiligungsprozesse zu flankieren und zu finanzieren. Um die Wirkung des politischen Handelns auf bezirklicher Ebene deutlicher nach außen zu tragen und damit auch die Wahlbeteiligung bei Bezirkswahlen zu erhöhen, ist auch zu prüfen, inwieweit die Bezirksversammlung ein eigenes <b>Budget für Öffentlichkeitsarbeit</b> erhalten kann. Ziel ist der niedrigschwellige Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zur Arbeit der Bezirksversammlung und der zugehörigen Ausschüsse.</p> <p>Hierfür ist es erforderlich, die Geschäftsstellen der Bezirksversammlungen mit entsprechenden Mittelzuweisungen auszustatten, um diesen Zugang zu gewährleisten. Auch die Aufgaben der Bezirke nach § 33 BezVG (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) sind hierbei mitzudenken und sicherzustellen. Auch Personen, denen die Teilhabe an der Arbeit bezirklicher Gremien durch ein Handicap nur eingeschränkt möglich ist, sollen unterstützt werden, z. B. durch Gebärden- und / oder SchriftdolmetscherInnen.</p> <p><b>Starke Bezirke brauchen auch eine starke Bezirksverwaltung.</b></p> <p>Bürgerschaftsfraktion, Senat und Fachbehörden sollen weiter dafür sorgen, dass die Bezirke mit Personal und sonstigen Ressourcen ausgestattet sind, welches sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Angesichts der Herausforderungen des Wachstums unserer Stadt muss sich das auch in den Bezirken durch gezielte Verstärkungen abbilden. Das jetzt aufgezeigte <b>Budgetwachstum</b> von etwa 7% für die Bezirke ist</p>
--	--	---

		<p>deshalb ein richtiger und wichtiger Schritt. Der Personalzuwachs und die Steigerungen der Bezirksbudgets unterstreichen, dass von einem von der Opposition befürchteten Sparkurs bei den Bezirken keine Rede sein kann – das Gegenteil ist der Fall.</p> <p><b>Die eigene Stimme der Bezirke</b></p> <p>Der Anspruch der SPD ist, den Bezirken auch in den Befassungen des Senates eine noch kräftigere Stimme zu geben. Der Finanzsenator ist auch Bezirks senator. Er ist Anwalt der Bezirke in Behördenverhandlungen; die Folgen für den Verwaltungsvollzug durch Senatsentscheidungen müssen deutlicher als bisher transparent gemacht und berücksichtigt werden. Die mehr als 6000 Beschäftigten der Bezirke und die Hunderten von Bezirksabgeordneten haben berechnete Erwartungen an ihre Vertretung auf Landesebene. An geeigneter Stelle sollen deshalb die Bezirksamtsleiter auch in Beratungen von Senat und Bürgerschaft noch mehr eingebunden werden. Nur so kann glaubwürdig dargestellt werden, welche Konsequenzen die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft für die Bezirke haben.</p> <p>Im Amt für Bezirke sollen bestimmte Ansprechpositionen gezielt gestärkt werden. So wäre es z.B. sinnvoll, für die bezirklichen Bürgerhäuser aber auch für Fragen der bezirklichen Bürgerbeteiligung Knowhow und Best-Practice-Informationen zentral vorzuhalten. So kann der Erfahrungsaustausch verbessert werden.</p> <p><b>Bezirke als attraktive Arbeitgeber erhalten</b></p> <p>Es ist eine Herausforderung die besonderen bezirklichen Anforderungen bei der <b>Personalgewinnung</b> zu berücksichtigen. Die Bezirke dürfen dabei den Fachbehörden nicht nachstehen, sie müssen durch gezielte Maßnahmen bei der Fachkräftegewinnung unterstützt werden. Es gilt, dass die Hamburger Verwaltung auf allen Ebenen gute Absolventen und erfahrene Kräfte rekrutieren kann, um die Herausforderungen einer modernen Verwaltung meistern zu können. Hier sind gezielte Ausbildungs- und Nachwuchsoffensiven für die Bezirke zu starten; Nachteile bei Eingruppierung und Beförderungen müssen Schritt für Schritt beseitigt werden. Das Arbeiten vor Ort nah bei den Menschen muss höher gewichtet und wertgeschätzt werden.</p>
--	--	---

		<p>Durch langwierige, auf den internen Arbeitsmarkt der Stadt beschränkte Ausschreibungsverfahren können freiwerdende Stellen nicht selten erst mit großer Verzögerung nachbesetzt werden. Gerade für die unteren Gehaltsklassen gibt es kaum noch Bewerbungen aus dem internen Arbeitsmarkt der Stadt. Trotzdem wird zunächst an den internen Ausschreibungsverfahren festgehalten. Die Möglichkeiten der zeitnahen externen Ausschreibung sind gerade für die Bezirke auszuweiten.</p> <p>Darüber hinaus wird die SPD weiter dafür sorgen, dass auch Menschen mit <b>unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsbiografien</b> Zugang zur Hamburger Verwaltung haben. Die Bezirke wissen am besten, wen sie für welche Aufgaben brauchen. Lebens- und Berufserfahrung auch außerhalb von Verwaltung und Universität sind für unser Gemeinwesen und seine Verwaltung unabdingbar.</p> <p><b>Budgetverantwortung für die Bezirke ermöglichen</b></p> <p>Die Bezirke müssen in der Lage sein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigenverantwortlich planen und handeln zu können. So ist es selbstverständlich, dass die Bezirke Personal nur im Rahmen ihres Personalbudgets beschäftigen können. In den letzten Jahren kam es durch Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senates (z.B. „Hamburg wächst“) oder durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene (z.B. beim Unterhaltsvorschussgesetz) zu einem Aufbau von Personal. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass bei der Personalplanung der Bürgerservice vor Ort stärkeres Gewicht bekommen hat. Es ist sicherzustellen, dass die Bezirke bei besonderen Belastungssituationen auch reaktionsfähig sind. Auch das Wachstum der Stadt wird zu berücksichtigen sein. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich die Zunahme der Bevölkerung und neue Wohn- und Arbeitsgebiete personell und materiell in allen Bereichen der Bezirksverwaltung angemessen wiederfinden.</p> <p><b>Servicequalität weiter erhöhen – Digitalisierung nutzen</b></p> <p>Die Bedürfnisse der Menschen unserer Stadt haben sich geändert. Mit den Kundenzentren haben wir vorgemacht, wie sich Verwaltung auf diese geänderten Bedingungen einstellen kann. Inzwischen hat die</p>
--	--	---

		<p>Mehrzahl der Kundenzentren täglich von 07:00 bis 19:00 Uhr geöffnet. Das 11 Punkte Programm von Senat und Bürgerschaftsfraktion für eine Serviceoffensive in den Kundenzentren ist ein Erfolg gewesen, der nachhaltig verstetigt werden muss. Dafür ist auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die einen Umstieg auf Schichtarbeit schultern mussten, um die bürgerfreundlichen Öffnungszeiten gewährleisten zu können.</p> <p>Es muss jedoch Ziel sein, den Menschen noch schneller und effizienter städtische Dienstleistungen anbieten zu können. Hierfür haben sich die Bezirke die Einheit „Informationstechnik in der Bezirksverwaltung“ geschaffen. Der Senat hat einen „Chief Digital Officer“ geschaffen, der die Chancen der Digitalisierung auch übergreifend beurteilen und Vorschläge für deren Umsetzung machen soll. Das Ganze findet sich in der Senatsstrategie „Digital First“ wieder.</p> <p>Die SPD sieht in der Digitalisierung eine große Chance. Wir können es schaffen, einfache Anliegen schnell und einfach zu bearbeiten und jene Bereiche, die Beratung und Betreuung als Kern ihrer Arbeit haben, von aufwändigen Formularen zu befreien. Entsprechend der „Digital First“ Strategie werden wir Schritt für Schritt jede nicht zwingend in Papierform durchzuführende Verwaltungshandlung digitalisieren, ohne den notwendigen direkten Bürgerkontakt einzuschränken. Mit einer gezielten Bürgerbefragung wollen wir diesen Prozess flankieren – wir setzen auf den Dialog.</p> <p><b>Wir haben für Hamburg und seine Bezirke viel erreicht und wir haben noch viel vor. Es gibt viele weitere Ideen, die Bezirke und damit die Stadt voran zu bringen. Daran werden wir gemeinsam weiterarbeiten, mit Herz und Verstand für Stadt und Bezirke, mit der Perspektive der Bezirkswahl 2019, die wir mit klaren Gestaltungsaufträgen in allen sieben Bezirken gewinnen wollen.</b></p> <p><b>Wir werden uns weiter eng abstimmen, zwischen den Fraktionen in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen, zwischen Landes- und Kreisebene und natürlich auch zwischen den Behörden. Die Hamburger SGK wirkt an diesen Prozessen ebenfalls fachkundig mit. Zur Flankierung</b></p>
--	--	---

			dieses Prozesses wird die SPD deshalb mindestens einmal jährlich die Situation der Bezirke auf einem Landesparteitag besprechen. Gemeinsam werden wir erfolgreich agieren. Gemeinsam für ein starkes Hamburg.
Bez2	Kreis V Wandsbek	Stadt und Bezirke - gemeinsam für ein starkes Hamburg	(Erledigt)
Bez3	Kreis III Eimsbüttel	Jugendbeirat	(Erledigt)
Bez4	Kreis II Altona	Imagekampagne im Vorfeld der Bezirksversammlungs-wahlen	Annahme geänderte Fassung:  Im Vorfeld der anstehenden Bezirksversammlungen im Mai 2019 wird eine Hamburg weite Imagekampagne durchgeführt, um die Aufgaben und damit die große Bedeutung der Bezirksversammlungen hervorzuheben. So soll die Wahlbeteiligung bei den Bezirksversammlungen signifikant erhöht werden. Ein Schwerpunkt dieser Kampagne soll dabei liegen Erstwählerinnen und Erstwähler und damit besonders die 16- bis 18-jährigen Hamburgerinnen und Hamburger für die Bezirkswahlen zu interessierten. Wichtig ist es diese im Rahmen der Imagekampagne zielgruppengerecht (dazu zählen auch wahlberechtigte EU-Bürger*innen) anzusprechen. Beispielsweise durch verschiedene Formate an Hamburger Schulen (ab Klassenstufe 10/11) oder durch die vielfältige Bespielung von Social-Media-Kanälen.
Bez5	Kreis II Altona	Gezielte Baustellenkoordination in allen Bezirken	(Erledigt)
Bez6	Kreis IV Nord	Sauberkeit ist mehr als Abwesenheit von Schmutz - Bezirke mit mehr Mitteln für die Pflege des Grüns ausstatten	(Erledigt)
Bez7	Kreis V Wandsbek	Mehr Parkbänke für Hamburg	(Angenommen)  Der Landesparteitag möge beschließen:  Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass im öffentlichen Raum (öffentlicher Straßenraum, öffentliche Grün- und Erholungsanlagen, Wälder, Naturschutzgebiete) verstärkt Parkbänke

			erneuert und zusätzliche Parkbänke aufgestellt werden.
Bez8	Kreis V Wandsbek	Zahlung nach Tarif in der offenen Kinder- und Jugendarbeit	Annahme geänderte Fassung:  Der Landesparteitag möge beschließen:  1.) Sozialbehörde und Bezirke werden aufgefordert, über die Höhe der Mehrbedarfe in den Personalkosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit freier Träger den Jugendhilfeausschüssen mindestens jährlich zu berichten.  2.) Bürgerschaft und Senat werden aufgefordert, die Mehrbedarfe der Bezirke durch Tarifsteigerungen regelhaft und regelmäßig durch entsprechende Steigerungsraten in der Rahmenzuweisung Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit abzubilden, um die Bezirke in die Lage zu versetzen, ihren Verpflichtungen aus § 74 SGB VIII auch weiterhin nachzukommen.
Bez9	Initiativantrag AfA Vorstand	Gute Arbeit im Einzelhandel fördern	Annahme geänderte Fassung:  Die Kreisvorstände werden aufgefordert, im Rahmen der Aufstellung der bezirklichen Wahlprogramme für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen weiterhin die besonderen Bedürfnisse der Beschäftigten im Einzelhandel zu berücksichtigen. Hierzu gehören u. a. das konsequente Eintreten für eine Stärkung der Tarifbindung und die Beibehaltung des „Hamburger Sonntagsfriedens“ mit maximal vier Sonntagsöffnungen im Jahr. Weitere Sonntagsöffnungen im Einzelhandel lehnt die SPD Hamburg ab.
Bez10	Initiativantrag AfA Vorstand	Auf Samstagsöffnungen in Hamburger Kundenzentren verzichten	Nichtbefassung
Wohn1	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Einführung eines Mietregisters	Zurück gezogen
Wohn2	Kreis VI Bergedorf	Änderung §35 Abs. 1 Baugesetzbuch des Bundes	Annahme in geänderter Fassung:  Der SPD Bundesparteitag und die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass in § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch des



			Bundes (BauGB) als weiterer Privilegierungstatbestand bauliche Einrichtungen, die der Feuerwehr dienen, aufgenommen werden.
Wohn3	Kreis II Altona	Erbpacht anstelle von Veräußerung von Grundstücken	Annahme in geänderter Fassung:  Der Landesparteitag fordert den Senat auf, zukünftig wieder mehr städtische Grundstücke in Erbpacht zu vergeben, anstatt sie zu verkaufen, um sich so den Einfluss der Stadt auf die bauliche Entwicklung zur Sicherung sozialpolitischer Zielsetzungen langfristig zu erhalten.
Wohn4	Kreis VII Harburg	Unterstellplätze für Fahrräder, Rollatoren und Kinderwagen	Annahme in geänderter Fassung:  Die SPD Hamburg fordert den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, sich für die wohnungsnah und ebenerdige Schaffung von abschließbaren Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder, Rollatoren, Kinderwagen und (elektrischen) Rollstühlen einzusetzen, Lösungsideen zu entwickeln und diese aktiv zu fördern.
Wohn5	Kreis V Wandsbek	Moderne Stellplatzverordnung hilft Parkdruck mindern	(Abgelehnt)
Wohn6	Kreis V Wandsbek	Sozialer Wohnungsbau	Annahme in geänderter Fassung:  Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Bindungsfrist für den sozialen Wohnungsbau möglichst lang, am besten für 30 Jahre gilt.  Auf städtischen Grundstücken beträgt die Bindungsfrist mindestens 30 Jahre.
Arb1	Kreis III Eimsbüttel	Mindestlohn durchsetzen	Annahme in geänderter Fassung:  Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:  Die SPD fordert für die Verbesserung und die bessere

			Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns die Einführung eines Verbandsklagerechts und die Einführung eines angemessenen Schutzes von Whistleblowern, also Schutz für Beschäftigte ein, um die Mindestlohnverstöße besser ahnden zu können.
Arb2	Kreis III Eimsbüttel	Leiharbeit teurer machen	Annahme in geänderter Fassung:  Die SPD prüft, dass der § 8 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) nach dem Vorbild Frankreichs mit dem Ziel geändert wird, Leiharbeit in Deutschland teurer zu machen.
Arb3	Kreis III Eimsbüttel	Wirksame Kontrollmechanismen bei Verstößen gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)	Annahme in geänderter Fassung:  Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Kontrollen zur Aufdeckung von Verstößen gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend der Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes durchgeführt und verstärkt werden.
Soz1	Kreis III Eimsbüttel	Keine Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen nach dem ALG II	Annahme in geänderter Fassung:  Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass zum Beispiel der im Rahmen einer ASMK-Arbeitsgruppe verfolgte Ansatz, die Probleme und Schnittstellen, die es durch die Anrechnung von Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss und existenzsichernde Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII gibt, durch eine Kindergrundsicherung zu ersetzen, die die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen ausreichend berücksichtigt und zugleich ein transparentes Leistungssystem und eine gleiche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen unabhängig von Familienstatus schafft.
Soz2	Kreis III Eimsbüttel	Keine Anrechnung des Kindergeldes auf die Grundsicherung	(Erledigt)

Soz3	Kreis I Mitte	Endlich die Seniorentreffs stärken!	Annahme in geänderter Fassung:  Der Landesparteitag möge beschließen:  Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, den bereits am 12. April 2014 beschlossenen Antrag hinsichtlich der angemessenen Aufwandsentschädigung für die LeiterInnen der Seniorentreffs sowie deren StellvertreterInnen und HelferInnen jetzt zügig umzusetzen.  Die im Haushalt vorgesehenen 425 Tsd. Euro müssen von den Bezirken vollständig für die o.g. Leistungen aufgewendet werden.
Soz4	Kreis III Eimsbüttel	Ferienzuschuss für einkommensschwächere Familien	(Angenommen)  Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  Die SPD Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative mit dem Ziel zu starten, durch finanzielle Zuschüsse einkommensschwächeren Familien einen gemeinsamen Urlaub zu ermöglichen.
Soz5	Arbeitsgemein- schaft Sozialdemokra- tischer Frauen	Gleichbehandlung bei Kindererziehungszeiten statt Mütterrente	(Angenommen)  <b>Gleichbehandlung bei Kindererziehungszeiten statt Mütterrente</b>  Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:  Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf sich für folgendes einzusetzen:  1. Rentengesetze müssen so geändert werden, dass für die Erziehung eines Kindes für den erziehenden Elternteil im Rentenalter drei Entgeltpunkte wirksam werden. (§ 56 ,§ 249 und § 307d SGB VI).  2. Der Bundeszuschuss muss aufgestockt werden und die Kosten für die Kindererziehungszeiten in voller Höhe an die Rentenversicherung abgeführt werden.
Bil1	Arbeitsgemein- schaft für Bildung	Übergang in weiterführende Schulen mit Schulgesetz in Einklang bringen	Annahme in geänderter Fassung:  Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:  Beim Übergang von der 4. Klasse in die weiterführenden Schulen ist eine Einschätzung der

			<p>Schullaufbahn vorzunehmen. Die bereits stattfindende pädagogisch qualifizierte Beratung ( u.a. Leistungen, Kompetenzen und Stärken) in den Lernentwicklungsgesprächen der Grundschul-Lehrkräfte wird weiter intensiviert, damit die Eltern ihre Entscheidung treffen können.</p> <p>Die jetzige Praxis der schriftlichen Schulformempfehlung sollte zugunsten einer schriftlichen Schullaufbahneempfehlung eingestellt werden.</p>
Bil2	Arbeitsgemeinschaft für Bildung	A13 für alle Lehrer*innen an Grund- und Stadtteilschulen	<p>Annahme</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, die Grundbesoldung für alle Lehrer*innen mit einem 1. Staatsexamen bzw. Masterabschluss und 2. Staatsexamen im Eingangslehramt auf A13 z /E13 festzusetzen.</p>
Bil3	Kreis IV Nord	A 13 für alle Lehrer*innen an Grund- und Stadtteilschulen	(Erledigt)
Bil4	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	A13 für alle Lehrer*innen an Grund- und Stadtteilschulen	(Erledigt)
Bil5	Arbeitsgemeinschaft für Bildung	Bessere Elternberatung im Übergang an die weiterführenden Schulen	<p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die pädagogische Beratung der Eltern von Viertklässlern zu verbessern und intensiv die Stärken und die Struktur der Stadtteilschule, in den verschiedenen Formaten der Informationsveranstaltungen (Elternabende Klasse 4, „Märktplätze“ etc.) zu verdeutlichen.</p> <p>Bei erhöhtem Zeitaufwand für Informationsveranstaltungen werden Funktionszeiten entsprechend angepasst.</p>
Bil6	Kreis IV Nord	Bessere Elternberatung im Übergang an die weiterführenden Schulen	(Erledigt)

Bil7	Arbeitsgemeinschaft für Bildung	Den Hamburger „Religionsunterricht für alle“ wirklich für alle öffnen!	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Den Hamburger „Religionsunterricht für alle“ wirklich für alle öffnen!</b></p> <p>Die SPD tritt dafür ein, in den Klassen 1 bis 6 der staatlichen Schulen „Religionsunterricht für alle“ (in evangelischer Verantwortung) so zu entwickeln und durch Angebote zu ergänzen, dass Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer jeweiligen religiösen und weltanschaulichen Überzeugung, somit auch jenen, die keinen ausgeprägt religiösen Hintergrund haben bzw. sich in Distanz oder Widerspruch zu jeglicher Form von Religion verstehen, die Möglichkeit haben, selbstbewusst ihre Konfessionsfreiheit darzustellen und zu praktizieren.</p> <p>Die SPD achtet einen Unterricht im Klassenverband, der im Geiste von Toleranz und gegenseitiger Wertschätzung Religionen und religiöse Orientierungen positiv darstellt, wie es dem Auftrag des Grundgesetzes „in Übereinstimmung mit den Religionsgemeinschaften“ entspricht. Aber auch das religionsferne Leben - nahezu die Hälfte unserer Hamburger Bürgerinnen und Bürger ist an ethischen Normen und Werten orientiert - muss (und kann) aus Sicht der SPD in diesem Unterricht im Klassenverband eine positive Rolle spielen.</p> <p>Die SPD erkennt die Bedeutung und den bundesweiten Vorbildcharakter des besonderen Hamburger Modells eines dialogischen Unterrichts aus verschiedenen religiösen Perspektiven für den gesamten Klassenverband und setzt sich gleichzeitig für ein klares Profil innerhalb dieses Unterrichtes für konfessionsfreie Eltern für ihre noch nicht religionsmündigen Kinder auch auf der Grundlage nicht-religiöser Werte und Traditionen ein.</p>
Bil8	Arbeitsgemeinschaft für Bildung	Schulen weiter entwickeln	(Angenommen)

		<p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir wollen uns die Möglichkeit eröffnen, im Zuge der Herausforderungen an Schule bis 2030 weiterentwickelnde Lösungsansätze in der Bildungspolitik im demokratischen Wettstreit zu präsentieren.</p> <p>In der Diskussion über die Weiterentwicklung unserer allgemeinbildenden Sekundarschulen sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- an G8 an den Gymnasien und an G9 an den Stadtteilschulen wird festgehalten</li> <li>- der Primarschulversuch an den vier Grundschulen wird fortgesetzt, ggf. unter neuen Rahmenbedingungen, wenn die beteiligten Schulen dies anstreben.</li> <li>- sog. „Campus-Schulen“ (Modell Heinrich-Hertz Schule) werden weiter gefördert</li> <li>- die vollgebundene Ganztagschule wird stetig weiterentwickelt</li> <li>- Weiterentwicklung der inklusiven Strukturen in allen Schulstufen</li> <li>- Stadtteilschulen erhalten die Möglichkeit, in ihrem Namen auch auf die gymnasiale Bildung hinzuweisen</li> <li>- Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien, im Besonderen in gemeinsamen Standorten, ausgebaut werden</li> </ul> <p>Im Rahmen des sog. Schulfriedens, einer Verabredung von Regierungs- und Oppositionsfraktionen zur Aussetzung</p> <p>einer früher regelmäßig anfallenden Schulstrukturdebatte nach Einführung des Systems aus Stadtteilschule und Gymnasium, wobei bei beide Schulformen bis zum Abitur nach 8 (Gy) bzw. 9 (StS) Schuljahren hat die Bildungspolitik des Hamburger Senats und der ihn tragenden Fraktionen deutliche Akzente gesetzt. Die Arbeit der Schulen hat erkennbar an Qualität zugenommen. Insbesondere die Arbeit der Stadtteilschulkollegien verdient hohe Anerkennung. Neben der Aufstockung der Ressourcen, dem</p>
--	--	---

			Fortschritt beim Schulbau und Gebäudesanierung und den messbaren Erfolgen der Schüler*innenleistung gibt es die ersten Daten (Bildungsbericht 2017) zu der erfreulichen Erkenntnis, dass wieder eine Entkoppelung von schulischen Karrieren von Kindern und Jugendlichen vom Elternhaus sichtbar wird. Das sozialdemokratische Bekenntnis vom Aufstieg durch Bildung erhält wieder erkennbaren Schwung.
Bil9	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Schulen weiter entwickeln	(Nichtbefassung)
Bil10	Kreis VII Harburg	Bildungsstandort Hamburg sichern	Annahme geänderte Fassung: Der Landesparteitag möge beschließen:  <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bei bereits bestehenden Schulstandorten, die nicht im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg stehen, werden die Bebauungspläne derart angepasst, dass die Liegenschaften als Gemeinbedarfsflächen mit schulischer Nutzung ausgewiesen werden.</li> <li>2. Bei der Aufgabe schulischer Nutzung oder Teilnutzung sind die Flächen zunächst zur Sicherung der flächendeckenden schulischen Versorgung als Gemeinbedarfsflächen schulischer Nutzung an das Sondervermögen Schule bzw. den Landesbetrieb Immobilienmanagement LIG auf Basis eines Verkehrswertgutachtens zu übertragen. Bei Liegenschaften, die von der Freien und Hansestadt Hamburg unentgeltlich oder entgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, ist anstelle des Verkehrswertes der ursprüngliche Überlassungswert unter Berücksichtigung von Investitionen und eingetretenen Wertminderungen anzusetzen, sofern dieser niedriger ist.</li> <li>3. Aufhebungen von Gemeinbedarfsflächen oder Befreiungen von Bestimmungen der Bebauungspläne sind grundsätzlich nur bei der Aufhebung schulischer Nutzung durch die Behörde für Schule und Berufsbildung möglich.</li> </ol>
Bil11	Kreis VII Harburg	Steigerung der Attraktivität von Lehrertätigkeit in Harburg und Süderelbe	(Zurückgezogen)

En1	Kreis III Eimsbüttel	„Solarenergie auf Hamburgs Dächern nutzen, Energiekosten senken und Klimaschutz voranbringen“	Vertagung
En2	Kreis VII Harburg	Emissionsfreie E-Busse für den Flughafen Hamburg	<p>(Angenommen)</p> <p>Zur Weiterleitung an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der SPD – Bürgerschaftsfraktion möge der Landesparteitag beschließen:</p> <p>Die SPD – Hamburg fordert den Senat und die SPD – Bürgerschaftsfraktion dazu auf, sich beim Flughafen Hamburg dafür einzusetzen, dass künftig nur noch E-Busse gekauft werden.</p> <p>Auch Gepäck – Frachtschlepper u.ä. Fahrzeuge sind künftig mit E – Antrieb zu bestellen.</p>
En3	Kreis V Wandsbek	Nachhaltigkeitsbilanz	<p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert, auch von den Unternehmen mit staatlicher Hamburger Beteiligung die verstärkte Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten bzw. die Durchführung von Nachhaltigkeitsbilanzierungen sowohl in ökologischer als auch sozialer Hinsicht zu fordern</p>
Gleich1	Kreis III Eimsbüttel	Geschlechtergerechte Sprache in Gesetzen und parlamentarischen Initiativen	<p>(Angenommen)</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Die Bundestagsfraktion und die Fraktionen der SPD auf Kommunal- und Landesebene werden aufgefordert, bei allen Gesetzesvorhaben und parlamentarischen Initiativen auf eine geschlechtergerechte Sprache zu achten. Wir erwarten insbesondere von den sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern, dass sie in ihrem Zuständigkeitsbereich alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, die</p>



			Geschlechtergerechtigkeit voranzubringen“
Gleich2	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Geschlechtergerechte Sprache	(Erledigt)
Gleich3	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Geschlechter-Parität in den Ausschüssen der Bezirksversammlung	(Angenommen) Der Landesparteitag möge beschließen: <b>Geschlechter-Parität in den Ausschüssen der Bezirksversammlung:</b> Die SPD BV-Fraktion muss für alle Ausschüsse, auch für die Regionalausschüsse, eine Geschlechterparität der Zubenannten/Zugewählten schaffen. Dies soll in der Geschäftsordnung der SPD-BV-Fraktionen festgeschrieben werden.
Innen1	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Innenpolitik neu ausrichten	(Zurückgezogen)
Ges1	Kreis III Eimsbüttel	Online-Kampagne Notaufnahme	Annahme geänderte Fassung: <b>Notaufnahmen stärken!</b> 1) Die SPD setzt sich weiterhin für die Entlastung der Notaufnahmen der Krankenhäuser ein und fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, hierbei insbesondere die Umsetzbarkeit von integrierten Gesundheitszentren und Portalpraxen in Hamburger Kliniken zu prüfen und diese bei positivem Ergebnis einzuführen. 2) Wir begrüßen, dass die Kampagne der Kassenärztlichen Vereinigung für die Rufnummer 116 117 für den ärztlichen Notdienst fortgeführt und insbesondere auch auf den Online-Bereich ausgeweitet wird.
Ges2	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Zuckersteuer, weil Gesundheit vorgeht!	(Angenommen) Der BPT möge beschließen:  Getränke, denen ein Zuckeranteil von mehr als sieben Prozent pro 100 Milligramm zugesetzt wird, sollen gesondert besteuert werden. Auf diese Getränke soll

			<p>ein Steuersatz von 10 Prozent anfallen.</p> <p>In derselben Höhe, wie dadurch Steuer Mehreinnahmen entstehen, sind öffentliche Programme zur Förderung einer gesunden Ernährung einzuführen, oder gesunde Lebensmittel zu subventionieren.</p>
Verk1	AG 60+	Nutzung HVV-Seniorenkarte vor 09.00 Uhr nutzen	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird zur Förderung der Mobilität von Seniorinnen und Senioren gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Erweiterung des zeitlichen Geltungsbereichs der HVV-Senioren-Karte für Fahrten vor 9 Uhr möglich wäre bzw. welche alternativen Angebote möglich wären</p>
Verk2	Kreis II Altona	Preis der Jahreskarte des HVV auf 365 Euro im Jahr senken	Vertagung
Verk3	Initiativantrag Distriktvorstand Eidelstedt	Attraktiver ÖPNV	Vertagung
Verk4	Kreis VII Harburg	Altersgerechtes StadtRAD-Modell	(Erledigt)
Verk5	Kreis VII Harburg	Förderung Lastenräder	(Abgelehnt)
Verk6	Kreis V Wandsbek	P+R Anlage am U-Bahn-Endbahnhof Ohlstedt	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der U-Bahn-Endbahnhof Ohlstedt eine P+R Anlage erhält, die das derzeitige Stellplatzangebot deutlich erhöht.</p>
Verk7	Kreis V Wandsbek	Kostenlose Nutzung der P+R-Häuser und -Anlagen	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Nutzung der P+R-Häuser und -Anlagen evaluieren</b></p> <p>1. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, den Hamburger Senat für das Jahr 2019 mit der Evaluation der eingeführten Gebührenpflicht für P+R-Anlagen zu beauftragen, die auch die geplante</p>

			<p>Rabattierung beinhaltet.</p> <p>2. Diese Evaluation soll auch in den zuständigen Ausschüssen der Bezirksversammlungen vorgestellt werden.</p>
Med1	Kreis III Eimsbüttel	Digitales Hamburg	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass:</p> <p>1) Freies, schnelles, leistungsfähiges und kostenloses W-LAN in öffentlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr und darüber hinaus auch an zentralen Plätzen zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>2) bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Digital First“ die am meist genutzten Verfahrensarten bei der Bereitstellung priorisiert werden.</p> <p>3) Verwaltungsleistungen des Projekts „Digital – First“ auch über eine entwickelte Smartphone-App auf den gängigen Betriebssystemen zur Verfügung gestellt werden.</p>
Med2	Kreis IV Nord	Für den Umstieg auf Open Source Software in der Hamburger Verwaltung	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Open Source Software in der Hamburger Verwaltung</b></p> <p>Der Senat wird aufgefordert, die Softwarestrategie- und Beschaffung</p> <p>vorausschauend fortzuführen, um eine moderne und leistungsfähige</p> <p>Verwaltung zu gewährleisten und möglichst viele geeignete Verfahren bei</p> <p>wesentlichen Änderungen oder der Neuvergabe auf Open-Source-Software umzustellen.</p> <p>Dafür sollte eine Bestandaufnahme darüber erstellen,</p>

			<p>welche IT-Anwendungen der Verwaltung ganz oder teilweise auf Open- bzw. Closed-Source-Software laufen. Weiter sollte eine Bewertung darüber erfolgen, welche geeigneten IT-Anwendungen in welchem zeitlichen Rahmen und zu welchen Kosten und mit welchen fachlichen Auswirkungen auf Open-Source-Software umgestellt werden können. Das soll unter Berücksichtigung möglicher Synergieeffekte durch Zusammenarbeit mit den Behörden Schleswig-Holsteins und potentiell anderer Dataport tragender Länder erfolgen.</p> <p>Es soll angestrebt werden eine gemeinsame Software Strategie mit weiteren Bundesländern, insbesondere den Dataport tragenden, zu entwickeln. Möglichst soll für diese Bestandsaufnahme mit Entwicklungsperspektive das Zeitfenster bis 2020 genutzt werden, in dem Schleswig-Holstein seine eigene Softwarestrategie aufstellen wird. Ziel der Strategie soll eine hohe Qualität der Unterstützung an den Arbeitsplätzen der Verwaltung und in den Dienstleistungen für die Verwaltungskunden sein.</p>
Recht1	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Für eine verantwortungsvolle Kehrtwende in der Cannabis-Politik	(Zurückgezogen)
Recht2	Kreis IV Nord	Den Begriff der Rasse im Grundgesetz streichen	<p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p><b>Den Begriff der Rasse in Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz streichen</b></p> <p>1. Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, die Hamburger SPD-Abgeordneten im Bundestag und der Hamburger Senat setzen sich in jeweils geeigneter Weise für eine Änderung des Art. 3 Abs. 3 GG derart ein, dass die Formulierung „seiner Rasse“ in Satz 1 gestrichen und der folgende Satz 2 in dieser oder einer vergleichbaren Formulierung neu eingefügt wird: „Keine Person darf rassistisch diskriminiert werden“.</p> <p>2. Zudem wird die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz aufgefordert sämtliches Bundesrecht wie beispielsweise das Allgemeine</p>

			<p>Gleichbehandlungsgesetz auf die Verwendung des Begriffs "Rasse" zu überprüfen und auf eine entsprechende Änderung hinzuwirken.</p> <p>Soweit dieser Antrag die bundespolitische Ebene betrifft, möge der Landesparteitag zugleich die Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen.</p>
Recht3	Kreis II Altona	Ausweitung des Karenzzeitgesetzes für Kabinettsmitglieder und Staatssekretär*innen	<p>(Angenommen)</p> <p>Die SPD-Fraktion im Bundestag wird dazu aufgefordert, eine Überarbeitung der gesetzlichen Karenzzeit in den Bundestag einzubringen. Die Überarbeitung hat zum Ziel, dass Kabinettsmitglieder und Staatssekretär*innen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt verpflichtend eine Karenzzeit von drei Jahren einhalten müssen, ehe sie ein Arbeitsverhältnis in der freien Wirtschaft aufnehmen, das sich inhaltlich mit dem vorherigen Verantwortungsbereich in der Regierung überschneidet. Das Übergangsgeld wird dementsprechend angepasst.</p>
Sport1	Kreis III Eimsbüttel	Schwimmfähigkeit von Kindern fördern	<p>(Angenommen)</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, die Schwimmfähigkeit von Kindern stärker zu fördern.</p>
Flü1	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Hamburger Appell für Seenotrettung unterstützen	<p>Erledigt durch Neufassung Antragskommission:</p> <p>Die Hamburger SPD unterstützt die von der Bürgerschaft am 26.9.2018 beschlossenen Forderungen:</p> <p><b>Kriminalisierung von Seenotretterinnen und -Rettern beenden – Hamburg ist ein sicherer Hafen für Flüchtlinge</b></p> <p>Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt mit Sitz des Internationalen Seegerichtshofs. Seenotrettung hat in Hamburg Tradition und ist ein Gebot der Humanität. Zuwanderung und Flucht sind internationale Bewegungen, auf die wir nicht mit Abschottung reagieren, sondern mit Verantwortung. Hamburg ist bereits für mehr als 50.000 Geflüchtete ein sicherer Hafen. Ihre Integration bringt Hamburg entschlossen und unter Einsatz erheblicher Ressourcen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft voran. Für seine gute</p>

		<p>Aufnahme- und Integrationspolitik, die durch den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und der Hauptamtlichen in Behörden, Wirtschaft und Verbänden möglich geworden ist, ist Hamburg bundesweit ausgezeichnet worden. Hamburger Modelle wie work and integration for refugees (W.I.R), fanden bundesweit Beachtung. Mit dem Unterbringungskonzept wird Stück für Stück eine möglichst dezentrale Unterbringung der Geflüchteten in der Stadt realisiert. Die Zahl der Geflüchteten, die Europa und damit auch Hamburg erreichen, ist inzwischen stark zurückgegangen, da viele frühere Fluchtrouten inzwischen geschlossen sind.</p> <p>Deutschland wird dieses Jahr rund 150.000 bis 200.000 Flüchtlinge aufnehmen, Hamburg entsprechend der bundesweiten Verteilungsregeln mehrere Tausend Menschen. Nach wie vor ist die Integration von hier lebenden und weiterhin neu hinzukommenden geflüchteten Menschen eine große Herausforderung. In der Folge versuchen viele Geflüchtete, über das westliche Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Der Weg über das Mittelmeer ist ein gefährlicher: Die von Schleusern organisierten Boote sind nicht dafür gebaut, jemals das rettende Ufer zu erreichen. Zudem werden die Boote hoffnungslos überladen, die Menschen sind vielfach ohne ausreichend Trinkwasser, Schwimmwesten und Treibstoff auf sich allein gestellt. Die Europäische Union verfolgt mit der EUNAVFOR MED Operation SOPHIA den Auftrag, Menschenschmuggel und Schleuser zu bekämpfen und deren Infrastruktur im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen der italienischen einerseits und der tunesischen und libyschen Küste andererseits zu zerschlagen. Seit dem Eintritt in ihre dritte Phase im Mai 2016 zielt die Mission auch auf den Aufbau einer wirksamen libyschen</p> <p>Drucksache 21/14465 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode</p> <p>2</p> <p>Küstenwache, die noch immer häufig nicht völkerrechtskonform handelt. Die Operation SOPHIA hat in den Jahren 2015 bis 2017 57.438 Menschen aus akuter Seenot gerettet. Doch eine gezielte staatliche Seenotrettungsmission gibt es derzeit nicht. Die Zahl der durch Sophia geretteten Menschen ist rückläufig. Während 2016 noch 22.885 Menschen gerettet wurden, waren es 2017 noch 10.668. Die Zahlen zeigen</p>
--	--	---

		<p>auch, dass die humanitären Hilfsorganisationen, darunter auch zahlreiche deutsche, einen wichtigen Beitrag bei der Rettung übernommen haben. Im Jahr 2015 haben sie bereits 20.063 Menschen gerettet, und im Jahr 2017 hat sich die Zahl mit 46.601 mehr als verdoppelt. Die Hilfsorganisationen finanzieren ihre lebensrettende Arbeit durch Spenden, die Crews arbeiten ehrenamtlich. Sie arbeiteten bis vor Kurzem eng mit dem Maritime Rescue Coordination Centre (MRCC) Rom zusammen – bis Italien die Zusammenarbeit eingestellt hat. In den letzten Monaten hat Italien eine beispiellose Kampagne gegen die Retterinnen und Retter geführt, an der sich auch Malta beteiligt. Rettungsoperationen werden behindert, Menschen wie der Kapitän des Rettungsschiffs Lifeline werden vor Gericht gezerrt, Rettungsschiffe beschlagnahmt. Handelsschiffe meiden die Routen aus Sorge davor, im Seenotrettungsfall selbst wochenlang in keinen sicheren Hafen einlaufen zu können. Mehr als 1.500 Menschen sind nach Angaben des UNHCR allein von Januar bis Juli 2018 bei dem Versuch ertrunken, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen – gut die Hälfte von ihnen in den Monaten Juni und Juli, nachdem die nicht staatlichen Seenotrettungsorganisationen durch die Festsetzung von Schiffen in italienischen und maltesischen Häfen massiv behindert wurden. Die NGOs handeln auf Grundlage des Völkerrechts: Nach internationalem Seerecht<sup>1</sup> und seemännischer Tradition ist jeder Schiffsführer auf hoher See innerhalb seiner Möglichkeiten verpflichtet, unabhängig von Nationalität, Status und Umständen, in welchen sich die Hilfesuchenden befinden, bei Seenot unverzüglich Hilfe zu leisten, wenn er über eine konkrete Notsituation informiert wird. Mit der SAR-Konvention haben sich die Staaten verpflichtet, bei Seenot ebenfalls Hilfe zu leisten, Hilfesuchende medizinisch zu versorgen und schnell an einen sicheren Ort zu bringen. Die Seenotrettung im Mittelmeer muss unverzüglich wieder aufgenommen und die Kriminalisierung nichtstaatlicher Seenotretter beendet werden. Die dramatische Zuspitzung bei der privaten Seenotrettung ist die Folge daraus, dass die Europäische Union bisher keinen gemeinsamen, gerechten und humanitären Umgang mit der Verteilung von Geflüchteten gefunden hat. Eine solche solidarische europäische Lösung muss nach wie vor</p>
--	--	---

		<p>das Ziel der politischen Bemühungen sein. Ebenso wie geordnete Verfahren und die Aussicht auf sichere Fluchtwege, die Menschen vor den tödlichen Gefahren der Flucht befreien. Die EU hat hierzu Ansätze entwickelt, einzelne Mitgliedstaaten stellen jedoch schon die bisherige EU-Präsenz im Mittelmeer infrage. Je weniger Schiffe auf dem Mittelmeer eingesetzt werden, desto geringer wird aber die Chance auf Seenotrettung auf den drei Haupttrouten. Auch deshalb muss Klarheit bezüglich der Ausschiffung von aus Seenot Geretteter geschaffen werden. Bis es zu einer Neuordnung der Europäischen Flüchtlingspolitik kommt, braucht es für die Übergangszeit unverzüglich eine Vereinbarung zur Wiederaufnahme der Seenotrettung. Italien und Malta wollen Schiffen mit Geretteten die Einfahrt in ihre Häfen nur ermöglichen, wenn die Geflüchteten im Anschluss von anderen europäischen Ländern aufgenommen werden und auf diese Weise die anderen europäischen Staaten in die Pflicht nehmen.</p> <p>1 SOLAS, Internationales Übereinkommen zur Seenotrettung.</p> <p>Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode Drucksache 21/14465</p> <p>3</p> <p>Es gibt in Europa zahlreiche Verbündete, die sich an einer humanitären Zwischenlösung beteiligen wollen, darunter zahlreiche Hafenstädte Italiens. Spanien ist vielfach bereit, den Menschen einen sicheren Hafen zu bieten und nimmt zurzeit die meisten Bootsflüchtlinge auf. Hamburg fühlt sich als europäische Hanse- und Hafenstadt verpflichtet, Menschen in Seenot nicht einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Damit auch in der Hansestadt aus Seenot gerettete Geflüchtete aufgenommen werden können, bedarf es des Einvernehmens mit dem Bundesinnenministerium, das in dieser Frage zum Handeln aufgefordert wird. Zuletzt wurden 50 von 141 Geretteten der „Aquarius“ aufgenommen. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung noch stärker engagiert und Geflüchtete aus dem Mittelmeer aufnimmt, dabei eine gesamteuropäische Lösung weiter vorantreibt. Dass Schiffe mit aus Seenot geretteten Menschen tagelang auf dem Meer herumirren, wie zuletzt geschehen, ist nicht akzeptabel und mit den Werten der Europäischen Union nicht vereinbar. Hamburg ist und</p>
--	--	--



			<p>bleibt ein sicherer Hafen.</p> <p>Daher möge die Bürgerschaft beschließen: 1. Die Freie und Hansestadt Hamburg verurteilt die Behinderung der Seenotrettung und fordert dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und Geflüchteten den Zugang zum nächsten sicheren Häfen zu ermöglichen. 2. Die Freie und Hansestadt Hamburg spricht den zivilen Retterinnen und Rettern ihren Respekt aus und fordert ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung. Der Senat wird ersucht, 1.1. dem Bundesinnenministerium mitzuteilen, dass Hamburg selbstverständlich im Rahmen einer bundesweiten Vereinbarung bereit ist, Menschen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden, in Hamburg aufzunehmen; 1.2. das Bundesinnenministerium aufzufordern, sich an einer humanitären Zwischenlösung in Europa aktiv zu beteiligen; und 1.3. die parlamentarischen Fachausschüsse der Bürgerschaft jeweils zeitnah über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Ferner wird der Senat ersucht, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene dafür einzusetzen, 1.4. dass die Europäische Union alle Anstrengungen unternimmt, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen und für die Ausschiffung von aus Seenot geretteten Menschen schnell ein solidarisches, verlässliches und humanitäres System auf Grundlage des Völkerrechts zu implementieren; 1.5. dass die EU ihre Anstrengungen bei Resettlement-Programmen zur sicheren Einreise in die EU und zur solidarischen Verteilung (Relocation) von Geflüchteten aus den Hauptankunftsstaaten verstärkt und 1.6. dass die Operation SOPHIA/EUNAVFOR MED über das Jahr 2018 hinaus fortgesetzt wird sowie weitere staatliche Anstrengungen zur Seenotrettung unternommen werden, zum Beispiel in Form einer weiteren staatlichen Rettungsmission.</p>
Vert1	Kreis III Eimsbüttel	Hamburg für eine atomwaffenfreie Welt	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>1. Die SPD teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an.</p> <p>2. Die SPD setzt sich für eine Unterzeichnung und</p>

			Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen
Vert2	Kreis III Eimsbüttel	Keine Rüstungsexporte an Kriegsparteien im Jemen-Krieg	(Angenommen)  Der SPD-Landesparteitag möge beschließen zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:  Die SPD setzt sich verstärkt dafür ein, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Exportverbot eingehalten wird.
Vert3	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Kriegswaffenexporte begrenzen und unter parlamentarische Kontrolle stellen	(Erledigt)
Orga1	Kreis III Eimsbüttel	Die politische Partizipation von Alleinerziehenden und Elternteilen ermöglichen	Annahme geänderte Fassung:  <b>Die politische Partizipation von allen Mitgliedern insbesondere von Alleinerziehenden und Elternteilen sowie pflegenden Angehörigen ermöglichen</b>  Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:  Der Landesvorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auf Landes- und Kreisebene die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Teilhabe von allen Mitgliedern, insbesondere von Alleinerziehenden, Elternteilen und pflegenden Angehörigen an der Parteiarbeit zu fördern.  Hierzu sollen Instrumente und Methoden entwickelt werden, die eine größere Beteiligung ermöglichen. U.a. soll die parteiinterne Digitalisierung weiter vorangetrieben werden.  Auch durch eine Veränderung von Arbeitsformen, wie z.B. Projektarbeit könnte auch denjenigen Mitgliedern die Übernahme von Verantwortung in der Partei ermöglicht werden, die sich neben Beruf und Ehrenamt um die Erziehung von Kindern oder auch die Pflege von Angehörigen kümmern.  Der Landesvorstand wird aufgefordert, zum nächsten regulären LPT über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Orga2	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Eva-Rühmkorf-Saal	<p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Im Zuge von 100 Jahre Frauenwahlrecht, 40 Jahre Gleichstellung in Hamburg und 30 Jahre Quote fordert die ASF Hamburg, den Sitzungsräumen 101 und 102 des Kurt-Schumacher-Hauses einen Namen zu geben und diesen „Eva Rühmkorf Saal“ zu benennen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob namenlose Häuser, in denen SPD-Kreise tagen (z.B. Wandsbek, Eimsbüttel), zumindest symbolisch und öffentlich (!) Namen von verdienten SPD-Frauen gegeben wird</p> <p>Damit würde die SPD Hamburg ein großes Zeichen nicht nur für die Frauen der Partei setzen, sondern für die Frauen generell. Im Zuge von 100 Jahre Frauenwahlrecht sollte Eva Rühmkorf auch mit diesem Saal geehrt werden. Im Januar 1979 wurde Rühmkorf als Leiterin der neu gegründeten Hamburger „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ Deutschlands erste Gleichstellungsbeauftragte.</p> <p>Nachdem wir in Hamburg das Kurt-Schumacher-Haus, das Max-Brauer-Haus oder auch das Herbert-Wehner-Haus samt der Straßennamen haben, drängt die ASF Hamburg auf eine sichtbare Weiblichkeit ob Tagungsort im Kurt-Schumacher-Haus oder anderswo.</p>
Orga3	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Bereitstellung einer ASF-Geschäftsstelle in der SPD-Landesorganisation	<p>Annahme geänderte Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, sich mit folgenden Aspekten in Hinblick auf die Förderung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und der Frauenförderung insgesamt zu befassen.</p> <p>Adäquat zu der personellen und räumlichen Ausstattung der Jusos Hamburg erhält die ASF Hamburg von der SPD Landesorganisation personelle und räumliche Ressourcen zur Verfügung gestellt, um die politische Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Hamburg sicher zu stellen und weiter auszubauen.</p>
Orga4	Kreis II Altona	Extra-Budget für Social-	Annahme geänderte Fassung:

		Media-Wahlwerbung	<p>Die Mobilisierung für die Bezirkswahl und daraus resultierende Wahlbeteiligung leiden an einer defizitären medialen Berichterstattung und einer öffentlichen Wahrnehmung. Die Möglichkeiten sind daher sehr eingeschränkt, über im Wahlkampf klassische Öffentlichkeitsarbeit einen demokratischen Diskurs über unterschiedliche Positionen, Ideen und Lösungsansätze in der Bezirkspolitik anzuregen. Die Landesorganisation wird daher aufgefordert, ein zusätzliches Budget für Öffentlichkeitsarbeit über online-Medien bereitzustellen.</p>
Orga5	Kreis II Altona	Erleichterung der Antragsverfolgung	<p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die SPD-Landesorganisation Hamburg soll allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der Antragverfolgung einräumen. Die Antragsverfolgung soll künftig online, über die Homepage der SPD Landesorganisation Hamburg möglich sein. Dabei sollen die Anträge anhand der Antragsteller, dem eingereichten Datum, dem Antragsbereich, dem Titel des Antrags und dessen aktuellen Status der Umsetzung nachverfolgt werden können („Antragsverzeichnis“). Jeder Antrag ist mit einer Nummer zu versehen, welche auf den Antragsteller und Beschlusszeitpunkt schließen lässt. Der aktuelle Status ist durch die Stelle, an die sich der Antrag gerichtet hat (z.B. Parteivorstand, Fachbehörde, Fraktion), in Kommentarform anzugeben.</li> <li>2. Sobald ein Antrag beschlossen wurde (schon auf Distriktsebene oder in einer der Arbeitsgruppen) und sich an die Landesebene richtet, soll er in das Antragsverzeichnis aufgenommen werden.</li> <li>3. Die SPD Landesorganisation Hamburg soll dafür sorgen, dass das Antragsverzeichnis regelmäßig aktualisiert und angepasst wird. Dabei soll der aktuelle Status der Umsetzung der Anträge in dem Antragsverzeichnis durch die jeweils zuständige Instanz (Parteivorstand,) angegeben werden.</li> <li>4. Bei jedem Landesparteitag soll der Landesvorstand oder die Antragskommission einen Bericht über die</li> </ol>

			Antragsumsetzung bzw. den Fortgang des Antrages, seit dem Zeitpunkt des letzten Parteitages, abgeben. Dazu soll nach dem Vorbild der Revisionskommission des Landesverbandes Schleswig-Holstein eine klare personelle Verantwortung auf ehrenamtlicher und hauptamtlicher Seite definiert werden.
Orga6	Arbeitsgemeinschaft Jusos	Erleichterung der Antragsverfolgung	(Erledigt)
Orga7	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	Demokratie ernst nehmen!	Annahme in neuer Fassung:  Der Landesvorstand wird aufgefordert die bereits eingesetzte AG Satzung zu beauftragen, einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Aufgaben der Antragskommission in der Satzung / GO festlegt.
Ini4		Fachkräftemangel bekämpfen	Nichtbefassung
Ini5		Kein Verkauf öffentlicher Grundstücke	Nichtbefassung
Ini6		Subventionen wie Entwicklungshilfe	Nichtbefassung
Ini7		Wahlurne näher an die Wähler!	Annahme geänderte Fassung:  Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass die SPD Bürgerschaftsfraktion prüft, ob ein mobiles Wahllokal im Zeitraum der Briefwahl der Europa- und Bezirkswahlen 2019 eingerichtet wird. Das Wahlmobil soll an verschiedenen viel frequentierten Orten im Briefwahlzeitraum Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit bieten, die Briefwahlunterlagen direkt vor Ort zu beantragen, die Unterlagen zu erhalten, auszufüllen und abzugeben. Parallel soll an den Wahlstationen über das Wahlrecht und die Wahl informiert werden.